

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

13.1.1849 (No. 11)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 15. Januar.

Nr. 11.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 fr.
Einzugsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 11. Jan. (149. Sitzung.) Joseph aus Sachsen zeigt seinen Austritt aus der Versammlung an.
Es werden Flottenbeiträge aus den norddeutschen Seestädten verlesen.

Simon von Trier erwähnt einer von dem bekannten Kratze aus Erfurt bei dem Reichsverweser gegen Preußen eingereichten Beschwerde wegen „Aufhebung der Pressefreiheit und des Versammlungsrechtes“ etc., und verlangt, daß der Reichs-Justizminister nach den Beschlüssen der Reichsversammlung den Rechtszustand in Preußen wieder herstelle.

Ziegert fragt nach dem Stande der Unterhandlungen über die Forderungen der westphälischen Staatsgläubiger.

Röding verlangt ausführlichere Darlegung dessen, was in den Eingaben an die Reichsversammlung enthalten sey; denn bisher lernte man durch die veröffentlichten Verzeichnisse nur die Ueberschriften und Rubriken kennen.

Auf der Tagesordnung steht die Verhandlung über das Gagern'sche Programm. Es liegen zwei Anträge vor; derjenige der Mehrheit (10 Stimmen) lautet also:

1) Die von dem Reichsministerium in dessen Erklärung vom 5. Jan. ausgesprochene Zurückweisung eines Vereinbarungsvertrags für die deutsche Reichsverfassung in vollem Maße anzuerkennen.

2) Die Zentralgewalt zu beantragen, über das Verhältnis der früher zum Deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Oesterreichs zu dem deutschen Bundesstaate zur geeigneten Zeit und in geeigneter Weise mit der österreichischen Regierung in Unterhandlung zu treten.

Das Minderheitsverlangen (5 Stimmen) lautet folgendermaßen:

Die hohe Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium die in der Vorlage vom 18. Dez. 1848 — modificirt durch das Schreiben vom 5. Jan. 1849 — erbetene Ermächtigung erteilen.

Verbesserungsanträge sind verschiedene eingereicht; darunter einer von Edel aus Würzburg und Würth aus Oesterreich, welcher Einvernehmen mit allen deutschen Regierungen über das Verfassungswort wünscht, also auch mit Oesterreich wegen seiner beiderlei Länder. (Der Antrag ist vom Pariser Hof-Klub unterstützt.)

Neh aus Darmstadt, Juch, und Andere wollen dagegen unabänderliches Beharren auf den §§. 2 und 3 (die Personalunion betreffend), und darum Unterhandlung mit Oesterreich auch wegen Deutsch-Oesterreich.

v. Kinde stellt einen eigenen Antrag, worin das Prinzip der Vereinbarung gewahrt ist.

Kassau glaubt, es züme verständigen Männern nicht, die Wege der Thoren zu gehen, sich um Schultheorien zu zanken, die Einheit Deutschlands zu gefährden, und sich vor aller Welt durch große Redensarten lächerlich zu machen, die man in keiner Weise vollziehen könne; auch sey die Versammlung nicht berufen, Zwietracht und Dreitacht zu säen etc. Darum ermähne er dieselbe, dem Reichsministerium aufzugeben, um jeden Preis die Eintracht mit Oesterreich zu erhalten.

Jordan aus Berlin und Waig wollen Kassau wegen Beleidigung zur Ordnung gerufen wissen; statt dessen widerfährt ihnen dieses Schicksal.

Außerdem werden noch mehrere Anträge verlesen, welche sämtlich nur in der Fassung von einander abweichen; überhaupt dreht sich jetzt, nachdem das Ausschließen Oesterreichs aus Deutschland vom Ministerium im Wesen selbst aufgegeben ist, die ganze Verhandlung und Abstimmung nur darum, ob nachträglich noch das Ministerium gestürzt werden soll, wogegen selbst mehrere Oesterreicher Bedenken tragen.

Es sind nicht weniger als 94 Redner eingeschrieben: — gegen den Mehrheitsantrag erstlich alle Ministeriellen und alle „Schwarz-Weißen“, dann aber auch der Klub vom Pariser Hof und die Katholiken, weil sie die Sache nicht hinterher noch auf die Spitze treiben wollen; für denselben aber Arneht, Moring, und mehrere Oesterreicher, dann Raveaux, Bogt, Simon von Trier, Schulz von Darmstadt, Bedekind aus Hannover, Wischer aus Tübingen, Zimmermann aus Stuttgart, Löw aus Kalbe, Schüller aus Jena, Hagen aus Heidelberg, Wuttke aus Leipzig, Hildebrand aus Marburg, und v. Hermann aus München.

Benedey, der Berichterstatter, beginnt mit den Worten: Gott mit Deutschland! Einheit vor Allem! Das war die Forderung, als wir zum ersten Male in die Paulskirche traten; heute, beim zweiten Betreten derselben, möge derselbe Wunsch wieder neue Geltung erlangen. Oesterreich gehört zu Deutschland; einmal getrennt, wird es nie wiederhergestellt, das preussische Kaiserthum nie zugeben, und der Haß zwischen Oesterreich und Preußen wird in hellen Flammen ausbrechen; wir werden Krieg haben ohne Ende, denn Oesterreich wird es wohl fühlen, daß es sich dann um mehr als Trennung, daß es sich um seine Unterjochung handelt, und dagegen wird es bei Zeiten aufstehen. Die Schweiz ist aus Deutschland geschieden, und nicht wieder zurückgeführt, Holland und Belgien sind für immer (?) losgerissen. Ich habe die §§. 2 und 3 bekämpft in unserm Vereine, habe mich aber der Mehrheit fügen zu müssen geglaubt; es thut mir leid,

nachgegeben zu haben, denn Jedermann ist jetzt von der Bekehrtheit dieser Paragraphen überzeugt.

Jetzt aber habe ich die Intrike derselben bemächtigt, um Zwietracht zu säen und Sonderzwecke zu verfolgen. Die Mehrheit des Ausschusses wolle gegen Gagern kein Mißtrauensvotum aussprechen; aber wenn er die Frage zur Kabinettsfrage mache, dann falle die Verantwortung für Deutschlands ganze Zukunft auf ihn und seinen Anhang.

H. v. Gagern erwiedert hierauf, auch ihm gehe das Wohl Deutschlands über Alles, und nicht leichtsinnig habe er sein Programm entworfen. Er geht sodann seine beiden Programme, so wie die vorliegenden Anträge durch, und erklärt, daß er den Minderheitsantrag im Namen des Ministeriums zu dem seinigen mache.

Die Verfassungsfrage sey die Hauptsache, Einheit vor Allem notwendig, namentlich für die kleineren Staaten; Oesterreich fühle dieses Streben der Einheit nicht in dem Maße, müsse also vor der Hand außer Rechnung gelassen werden. Unter Bundesstaat verstehe er die Existenz einer Gesamtregierung, welcher sämtliche Einzelstaaten sich unterordnen und ihre Sonderinteressen zum Opfer bringen müssen. Oesterreich werde sich einer solchen Zentralgewalt nicht fügen wollen, müsse also, was das Wesen betreffe, seinen Sondergang neben jener Richtung nehmen, wie denn ohnehin seine Interessen nach der Donau gerichtet seyen.

Man habe Preußens Bestreben nach „Hegemonie“ angefeindet; aber Preußen könne nur im innigsten Zusammenhang mit Deutschland fortbestehen. Was ihn betreffe, so erkläre er sich entschieden gegen eine bloße Hegemonie, denn er wolle etwas ganz Anderes, als Oberleitung Preußens im Krieg; er wolle mehr, er wolle eine geordnete Gesamtregierung für ganz Deutschland. Eine Verbindlichkeit für Preußen habe er nicht übernommen: er handle so, wie es seine Ueberzeugung mit sich bringe. Es thue ihm leid, wenn er das Gefühl der Deutschen in Oesterreich verletze; aber er könne demselben seine politische Ueberzeugung nicht opfern. Man sage, das Programm von Kremfier sey modifizirt worden; er gebe Dies zu, aber noch glaube er nicht, daß Deutsch-Oesterreich sich vollständig dem deutschen Bundesstaat unterwerfen wolle. Wenn Dies möglich werde, dann sey die Frage allerdings gelöst und er geschlagen.

Ausstößen wolle er übrigens Oesterreich aus Deutschland in keinem Fall; das alte Bundesverhältnis möge fortbestehen und enger verschlungen werden. Oesterreich könne an den künftigen Bundesstaat seine Mitgliedsbeiträge leisten, wie bisher, eben so seine Truppen stellen; allein es müßten eigene Agenten nach Wien geschickt werden, um dort die deutschen Interessen wahrzunehmen, denn Deutschlands Beruf gehe nicht bloß nach Westen, sondern auch nach Osten.

Er sey nicht in der Lage, seine frühern Ansichten zurücknehmen oder abändern zu müssen; wenn die Versammlung einen Beschluß gefaßt haben werde, der die Zustimmung der Nation habe, so werde sich auch die Macht finden, sie zu vollziehen. Bürgerkrieg werde nicht daraus entstehen, denn erst müsse Oesterreich gefragt werden, ob und wie es sich mit Deutschland vereinigen wolle; zwingen könne man es nicht. Wollte es einen Unterschied machen zwischen seinen deutschen und nicht-deutschen Landen, so werde man Dies bald erfahren, und dann sey die Sache in Ordnung. Aber das Ministerium bedürfe einer weiten Vollmacht zur Unterhandlung, nicht einer so eng gefaßten, wie sie der Mehrheitsantrag zugehe.

Arneht aus Wien (der Sohn von Theodor Körner's Julie) erinnert daran, wie er schon bei der Verathung über die §§. 2 und 3 dafür gesprochen habe, nur solche Beschlüsse zu fassen, welche Oesterreichs Verbleiben im Bundesstaate möglichmachen. Die deutsche Verfassung müsse den Völkern angepaßt werden, nicht umgekehrt die Völker der Verfassung, sonst würden wenige übrig bleiben, die sich derselben unterwerfen würden. Allem aber, was bisher von Frankfurt aus gegen Oesterreich beschlossen worden, liege leider bloß die Tendenz zu Grunde, Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen, höchstensfalls es zu theilen; ja man habe sogar die Drohung fallen lassen, durch Reichstruppen Oesterreich zwingen zu wollen, aus Deutschland zu scheiden. — Oesterreich, das jederzeit nur für Deutschland gekämpft habe, während alle Andern oft genug mit dem Nationalfeind im Bunde standen.

Wegen Annahme der deutschen Verfassung könne man übrigens erst dann eine Frage an Oesterreich stellen, wenn diese Verfassung hier endgültig beschlossen sey. Oder solle Oesterreich deshalb ausgeschlossen werden, weil es nicht alle Beschlüsse des Reichstags anerkenne? Aber Preußen habe ja noch mehr gethan, als fast alle übrigen Staaten Deutschlands, welche man dann alle vor die Thüre setzen müßte; wo bliebe dann das einzige Deutschland! Träten aber die Oesterreicher aus der Paulskirche, so würden ihnen Andere folgen; jedenfalls werde ein solches Rumpfparlament keinerlei Recht haben, irgend einen Beschluß zu fassen, und Alles werde in Nichts zerfallen.

Ziegert aus Preussisch-Minden spricht für das Gagern'sche Programm, denn jetzt handle es sich um schnelle Einführung der Verfassung. Freilich sey jetzt Alles anders, als vor 9 Monaten: an Einheit denke jetzt Niemand mehr (?),

und Jeder sorge nur für sich. Selbst Bassermann, der so viel dazu beigetragen habe, die „Reaktion“ heraufzubeschwören, fange an, sich vor derselben zu fürchten. Aber noch sey Alles wieder gut zu machen, wenn man so schnell als möglich eine große Macht an die Spitze stelle, und die könne nur Preußen seyn.

Wagner aus Steyer hofft, daß nie und nimmermehr von hier aus ein Beschluß ergehen werde, welcher ein Dritttheil Deutschlands aus dem gemeinsamen Vaterlande verdränge. Was in Oesterreich stattgefunden, sey in jedem andern deutschen Staate vorgekommen; keiner habe sich der Diktatur der Paulskirche unbedingt unterworfen, und doch denke Niemand daran, dieselben auszuschließen. In Oesterreich und für Oesterreich sey übrigens der Bundesstaat mit Deutschland sicher eben so gut durchzuführen, als mit jedem andern deutschen Staate; selbst die §§. 2 und 3 könnten, je nachdem man sie auslege, dort durchgeführt werden, wie die Salzburger Zeitung täglich nachweise. Aber es fehle an gutem Willen: man verdrehe die klarsten Thatsachen, und hege hier, wie in Oesterreich, nur zu Haß und Zwietracht.

Jordan aus Berlin beklagt sich über die Meinungsverschiedenheit in der Presse über diese Frage; es herrsche darin jeltotischer Idealismus und Jynismus, Gefühl- und Gemüthspolitik, Nichts als Phrasen und Redensarten. (Zuruf: Am meisten aber auf Ihrer Seite.)

Es entsteht hierüber ein längerer Streit, der damit endigt, daß Jordan fortfährt und den Sag aufstellt, der beste Beweis für die Kraft einer Nation bestehe darin, daß ihre Grenzen nicht festgestellt seyen. Vom Rhein erstreckten sich zwei kräftige Aeste nach Osten durch Preußen und durch Oesterreich. Statt nun aber zu zeigen, daß beide Aeste gleiches Recht haben, bei Deutschland zu bleiben, kommt Jordan auf den Schluß, man müsse den einen vorerst ausschneiden und von dem gemeinsamen Stamme abtrennen, damit er seine Aufgabe „ungefördert“ lösen und die untern Donauländer germanisieren könne!

Im Verlauf seiner zwei Stunden langen Rede, welche durch beständige Privatunterhaltungen unter den Abgeordneten dergestalt unhörbar wird, daß der Präsident mehrmals um Aufmerksamkeit für den Redner nachsuchen muß, jedoch zu einer Aufhebung der Sitzung, wie Legterer wünscht, sich nicht entschließen kann, kommt Jordan endlich auf die Entscheidung, Oesterreich habe noch nie mit Deutschland etwas gemein gehabt, und sein Ausschneiden habe darum auch gar Nichts zu bedeuten.

v. Schmerling erinnert an die schmeichelhafte Aufnahme, die ihm in Wien geworden sey. Er habe dort vor seinen Wählern gesagt, er sey stolz, für Deutschland zu wirken, habe aber nie vergessen, daß er auch Oesterreicher sey; denn Oesterreich habe eine große Geschichte hinter sich, während das übrige Deutschland sich zersplittert habe. Seine Aufgabe hier werde er darin finden, beide wieder so eng als möglich an einander zu knüpfen. Seit Jahrhunderten seyen beide Theile eins gewesen, und habe je ein Theil sich gegen den andern versündigt, so treffe derselbe Vorwurf beide in gleichem Maße. Aber wahr sey und bleibe es, daß Oesterreich in einer schwierigen Zeit allein gegen Frankreich den deutschen Krieg geführt, und Napoleon's Anerbieten einer Allianz gegen Preußen, wofür ihm Schlessien geboten worden sey, zurückgewiesen habe.

Metternich's Politik sey allerdings nicht im Interesse der Einheit und Freiheit Deutschlands gewesen; er beklage sie tief; aber wo seyen in den andern Staaten die Minister gewesen, welche anders gehandelt hätten?

Oesterreich mache jetzt das Prinzip der Verständigung geltend; aber es habe nie etwas Anderes erklärt, und nur unter dieser Bedingung die Wahlen angeordnet. Seine außerdeutschen Lande machen Dies unerträglich. Die Depesche, welche er aus Olmütz mitgebracht, siehe nicht im geringsten Widerspruch mit dem Programm von Kremfier. Durch die vielen Angriffe, welche von hier und anderwärts gegen Oesterreich erfolgt, sey das österreichische Ministerium etwas irre geworden an dem Willen Deutschlands, sich mit Oesterreich zu einigen, und in dieser Stimmung sey das Kremfier'sche Programm abgefaßt; aber seither habe sich Dies geändert, und man habe sich überzeugt, daß Oesterreich die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung als befreundet ansehen dürfe.

Er, der Redner, sey freilich zur Zeit noch nicht im Stande, alle Fragen über die Einigung Deutschlands und Oesterreichs mit Bestimmtheit lösen zu können; doch sey Oesterreich fern davon, Deutschlands Neugestaltung in irgend einer Weise hindern zu wollen. Er gebe zu, daß die Dinge sich viel einfacher gestalten würden, wenn Oesterreich nicht vorhanden wäre; allein dann erhalte man eben keine Verfassung für ganz Deutschland. Im Uebrigen hoffe er bei dem guten Willen, der jetzt in Oesterreich herrsche, erfolgreich und gedeihlich mit Gagern an dem Einigungswerk arbeiten zu können. (Beifälliger Beifall.)

(Schluß der Sitzung. Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.)

Deutschland.

* Karlsruhe, 10. Jan. Personenfrequenz und Gesamteinnahme auf der großb. badischen Eisenbahn im Monat November 1848: Zahl der beförderten Personen 153,236. Gewicht der beförderten Güter 188,948 Ztr. 12 Pfd.

*) Karlsruhe, 12. Jan. (128. Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des ersten Vizepräsidenten Wellers.)

Kieser übergibt eine Petition des Gemeinderathes zu Waldbrunn gegen Einführung von Kommunalsschulen, und Lehbach für den abwesenden v. Jostein ein Gesuch aus Sulzfeld um Kammerauflösung und Einberufung einer konstituierenden Versammlung.

Hierauf wurde der Kommissionsbericht des Abg. Schaaff über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Konstriptionsgesetzes vom 14. Mai 1825 betreffend, zur Berathung ausgesetzt, und es nahm die allgemeine Diskussion, worauf wir in unserm nächsten Berichte zurückkommen werden, die heutige Sitzungsvollständig in Anspruch, weswegen erst in der morgigen Sitzung die Debatten über die einzelnen Paragraphen beginnen werden.

† Heidelberg, im Dez. (Zweiter Artikel.) Zu dem erwiesenen Unwahren in den Artikeln der Deutschen Zeitung über unsere Universität, welches wir in unserm ersten Berichte dargelegt haben, gehört aber noch mehr, was wir der Unkenntnis des Schreibers mit den hiesigen Verhältnissen verzeihen, da wir dabei keinerlei bösen Willen voraussetzen können.

Das die Blüthe der theologischen Fakultät erst mit Daub's Tode Schaden genommen habe, ist unwahr. Wir kennen und lieben die große Persönlichkeit Daub's wohl wie kein Anderer. Aber wir müßten lügen, und da würde uns seine großartige sittliche Erscheinung grollend entgegentreten, wenn wir zu seiner Verherrlichung behaupten wollten, die Abnahme der Theologen habe sich an seinem Tode geknüpft. Er selbst hat oft noch diese Abnahme, welche seit der von Bayern für die Theologen angelegte Sperre der Universität im Jahr 1832 erfolgte, lebhaft bedauert. *) Daub wünschte damals selbst die Beschaffung jüngerer Kräfte in die Fakultät, und das Kuratorium Nebenius ging bereitwillig darauf ein; er erklärte sich vollkommen einverstanden mit der Berufung Ullmann's, der unterdessen vor hundertern von Zuhörern in Halle, so wie durch seine literarischen Arbeiten sich einen bedeutenden Ruf erworben; er sprach mit großer Freude noch in der letzten Zeit vor seinem Tode von der nahe bevorstehenden Ernennung seines ihm noch aus früherer Zeit besonders theuern Schülers Nothe zum Direktor des Seminars. Wohl war sein Verlust ein für die Theologie und Fakultät unersehlicher, was jedoch zu seinen Lebzeiten oft nicht in dem Maße anerkannt wurde. Sein Tod trug allerdings dazu bei, daß die Frequenz noch etwas mehr abnahm; aber den Hauptstoß erlitt dieselbe dadurch, daß sich damals Alles in Baden zum Studium der Kameralwissenschaften drängte, welches die nächste Versorgung in Aussicht stellte, und daß die Nachbarländer Darmstadt, Würtemberg durch die Fakultätskrisen in Gießen und Tübingen den Besuch auswärtiger Universitäten für die Theologen sehr erschweren, während die Nassauer Göttingen zur Landesuniversität erhoben und die Rheinbayern um jeden Preis in Erlangen orthodox gemacht werden sollten. So sank die Zahl der Theologie Studirenden hier bis auf 11, hob sich aber trotz der Fortdauer der meisten dieser ungünstigen Verhältnisse seitdem von Jahr zu Jahr, und ist in diesem Kurse, während die Zahl der Theologen auf allen andern Universitäten in den letzten Jahren abgenommen hat, auf 60 gestiegen. Hiernach hat sich die Frequenz bereits auf ihren alten Stand vor dem Jahr 1832 gestellt. Auch Rheinbayern und Nassauer sind bereits eingetroffen, die Hessen und Würtemberger aber wohl nur vorläufig noch durch die Fakultätsprüfungen zurückgehalten, und so ist Aussicht, daß der Korrespondent der Deutschen Zeitung auch diese Wette verliere.

Völlig schief scheint uns Das zu seyn, was von dem Verhältniß Tübingens zu Heidelberg gesagt wird. Die hiesige Fakultät müßte sich in den natürlichen Gegensatz zur Tübinger stellen, will der Referent, und mit einer „freien“ Richtung die dortige in Schatten werfen. Das ist also der Gegensatz gegen Tübingen? Haben die Schreiber der Aufsätze in der Deutschen Zeitung noch Nichts davon gehört, daß gerade diese freie Richtung in seiner theologischen Fakultät Deutschlands mit so viel Geist, Scharfsinn, und Gelehrsamkeit verbunden ist, als in Tübingen? Wo Vaur eine Schule gebildet, welche die Namen Strauß, Zeller, Schweigger, Fischer u. in sich schließt und der dort auf der andern Seite vertretenen Orthodoxie siegreich gegenüber steht? Hier beruht also der gute Rath von dem „natürlichen Gegensatz“ gegen Tübingen offenbar wieder auf einem Mangel von Kenntniß der Tübinger Zustände. Will aber der Referent absolut das Heil der hiesigen Fakultät in den Gegen-

satz gegen Tübingen setzen, so ist er den hiesigen Theologen zu großem Dank verpflichtet, daß sie diesen Gegensatz, bevor er ihnen den Rath gegeben, und besser, als er es anzugeben vermochte, in der Vermittlung der in Tübingen sich schroff gegenüberstehenden Richtungen gefunden haben.

Eben so scheint der gute Rath, daß sich die hiesige Fakultät an wissenschaftlicher Leistung, Kapazität, und Fleiß der Tübinger gleichstellen solle, nur durch völlige Unkenntniß der Sachlage entschuldigt werden zu können. Der Blick in ein Repertorium der neuesten theologischen Literatur, eine Anfrage bei irgend einem Manne, der theologische Kapazitäten zu beurtheilen im Stande ist, und der Bericht jedes hiesigen Studirenden hätten den Verfasser eines Bessern belehren können. Hinsichtlich der wissenschaftlichen Leistungen hätte er erfahren können: daß Ullmann's praktischer Kommentar vor der Reformation (2 Bände), Rothe's Ethik (4 Bände), Hundeshagens deutscher Protestantismus in zweiter und dritter Auflage, und die Herausgabe der Daub'schen Vorlesungen in 9 Bänden, welche Dittensberger beinahe ausschließlich besorgte, die wissenschaftlichen Produkte der hiesigen Fakultät aus den letzten Jahren sind. Wir wären begierig, außer den vorzüglichen literarischen Arbeiten Vaur's eine ähnliche werthvolle Zusammenstellung der neuesten theologischen Erzeugnisse Tübingens von dem in der theologischen Literatur so bewanderten Referenten der Deutschen Zeitung zu lesen, wollen ihm aber noch außerdem mittheilen, daß die Fakultät in Ullmann's und Umbreit's theologischen Studien und Kritiken die bedeutendste und inhaltreichste theologische Zeitschrift besitzt, welche jetzt existirt, die bei ihrer überaus großen Subskribtenzahl in allen Theilen der protestantischen Kirche gelesen und anerkannt ist.

In allen diesen Arbeiten liegt die Kapazität der Fakultät zur Beurtheilung vor: sie kann ohne alle Sorge die Entscheidung des urtheilsfähigen Publikums auch im Vergleich mit Tübingen erwarten und sich getroßt neben die Kapazitäten stellen, welche in den Artikeln der Deutschen Zeitung als die wenigen „trefflichen“ bezeichnet sind. Nicht anders ist es mit dem Fleiß der Fakultätsmitglieder, und wir können uns wahrlich nicht vorstellen, was Das heißen soll, sie möge sich darin den Kollegen in Tübingen nur gleichstellen. Die Lehrer der Theologie halten ihre Vorlesungen mit der treuesten Gewissenhaftigkeit und sind durch ihre Verbindung mit dem Seminarium wenigstens zum Theil mehr, als auf irgend einer andern Universität, in Anspruch genommen. Wir wüßten nicht, daß ein Theolog hier jemals nur zwei oder drei Stunden per Woche las, wie dies in andern Fächern der Fall war und ist. Wir haben nicht gehört, daß die Glieder dieser Fakultät wegen anderweitiger Beschäftigungen ihre Kollegien theilweise oder ganz aufgegeben, daß sie während des Kurzes sich auf Reisen begeben oder von Reisen ausgeruht hätten. Das kommt sonst wohl vor, aber in der theologischen Fakultät nicht. Und gerade ihr gibt man den schulmeisterlichen Rath, fleißiger zu seyn. Wir wüßten, wo dieser Rath besser angebracht gewesen wäre!

□ Vom Odenwald, 6. Jan. Was der Sache der Schullehrer, in so weit sie gerecht ist, am meisten schadet, ist die unbegrenzte Lebertreibung, die sich dabei in mehr als einer Beziehung kundgibt. Nicht genug, daß von Seiten mancher Lehrer alles kirchliche Leben ohne weiteres über Bord geworfen wird, als „feindlich der Vernunft“ (die sie natürlich ausschließlich besitzen), gestellt sich auch noch eine maßlose politische Ueberpannung dazu.

Man wird uns zwar entgegen, daß, was E t n e r thut, nicht A l l e verschulden. Allerdings, aber derselbe tritt als Organ der Lehrer auf, und wer hat ihm widersprochen? Haben die Lehrer seine Ansichten mißbilligt? Keineswegs; im Gegentheil ist ein anderer Theil mit dem Vorwurf der „Gesinnungslosigkeit“ in die Welt hineingefahren gegen Jeden, der sich unterfängt, eine andere Meinung zu haben, als die tonangebenden Schreier. Eine saubere Probe der Freiheit, die uns das „Vernunftregiment“ dieser Herren bringen würde!

Aber, fragen wir, wenn uns der Staat zwingt, unsere Kinder zu solchen Lehrern in die Schule zu schicken, woher nimmt er das Recht dazu? Wie kann man dem Vater, der seine Kinder zu guten Christen und Bürgern erziehen will, zumuthen, dieselben zu einem Lehrer zu schicken, der nicht nur allem christlich-kirchlichen Leben fremd, sondern der noch überdies eifrig bemüht ist, den Samen des Hasses gegen Regierung und gesellige Ordnung auszubreuen?

Es gibt nur zwei Wege, diese Frage zu lösen: entweder fordert der Staat von seinen Lehrern, daß sie nicht gegen ihn selbst feindlich sind und daß sie den Bedürfnissen einer christlichen Erziehung genügen, oder er gibt den Unterricht vollständig frei. Es werden sich dann schon Männer finden, die den Ansprüchen einer guten Erziehung Genüge leisten. Auf die Weise aber, die sich durch die eigenen Kundgebungen mancher Lehrer herausstellt, ist jede edlere Erziehung unmöglich, und wir richten von Staats wegen die aufwachsende Jugend zur Irreligiosität und damit zur Barbarei ab. Die Folgen davon wird der Staat zu allererst verspüren. Man sollte ohnehin meinen, er hätte seine Proben der Gesittung und Vernunft gesehen, die unserer Jugend eingepflanzt worden sind!

München, 8. Jan. (N. Münch. Z.) Es sind schon mancherlei ungerne Dinge über Bayern von verschiedenen Seiten zu Tage gefördert worden; zu den ungerneinten aber müssen wir rechnen, was die Frankfurter Oberpostamt-Zeitung vom 6. ihren Lesern vorlegt von einem angeblichen Gerüchte, als hätten Bayern und Hannover bereits „in London“ angezeigt, daß sie einem Reichsoberhaupt sich nicht unterordnen, sondern vorziehen würden, wie Oesterreich in ein bloß völkerrechtliches Bundesverhältniß mit dem übrigen Deutschland zu treten. Wir haben uns nicht mit Hannover zu befassen, obgleich wir keine Zweifel haben über seine deutsche Gesinnung. Aber Bayern, das mitten

im Herzen von Deutschland liegende Bayern, in einem bloß „völkerrechtlichen“ Bundesverhältniß mit dem übrigen Deutschland! Und noch dazu eine beschallige Anzeige neigend anders, als zu London! Warum nicht auch zu Paris und St. Petersburg? Da möchten wir wohl mit dem alten Horaz ausrufen: risum teneatis, amici! Und dergleichen Dinge müssen wir in der Frankfurter Oberpostamt-Zeitung finden!

In einem andern Theile unseres Blattes finden unsere Leser heute, daß man zu Paris die Hoffnung hegt, Oesterreich und Preußen würden in Streit gerathen, und Bayern sich nöthigenfalls an Frankreich anschließen wollen; auch denke man in Frankreich daran, wenn ein (deutscher) Bundesstaat sich bilde, die Rheinprovinzen zurückzunehmen, weil diese 1815 nur dem Staatenbunde, wie er sich damals konstituirte, überlassen worden seyen. (Das dergleichen Gelüste in Frankreich bestehen, wissen wir aus eigener Erfahrung; aber von der Lust zur That ist noch ein Schritt, den Frankreich so schnell nicht thun wird.) Ein Münchener Korrespondent der Allgemeinen Zeitung sagt mit Recht, diese letztere Drohung sey wohl vorerst „mäßige Kanegieherei“. Um so mehr bedauern wir, daß derselbe Korrespondent, dessen Feder wir sonst in der Regel von Gerechtigkeitssinn geleitet finden, nicht in gleicher Weise den Vorwurf abfertigt, als wolle Bayern sich an Frankreich anlehnen, oder gar in ein Vasallenverhältniß zu demselben treten! Er sagt, wir — die Neue Münchener Zeitung — haben neulich emphatisch versichert, daß Bayern nie den Vasallen eines andern deutschen Fürstenhauses machen werde. Wir haben Dies allerdings gesagt, ohne daß wir dazu erst „einer hinter uns stehenden Autorität“ bedurften; wir erklären nun mit gleicher Bestimmtheit, daß wir allerdings, wie der Hr. Korrespondent der Allgemeinen Zeitung voraussetzt, „mit Entrüstung“ den Gedanken an ein Vasallenverhältniß zu Frankreich ablehnen; daß wir es allerdings als „den grimmigsten Hohn gegen unsere ganze Zeit“ und als die „schönste Verleumdung“ ansehen, wenn man sogar die schmählische Unterstellung sich erlaubt, als wolle Bayern seine Rheinprovinz hingeben.

Bamberg, 8. Jan. (N. Münch. Z.) Hr. v. Verchenfeld, welcher mehrere Tage in Frankfurt war, ist von da zurück, und wird Ende der Woche nach München gehen, um seinen Platz in der Kammer einzunehmen.

Graf Giech hat, wie man hört, die Stelle des ersten Präsidenten der Kammer der Reichsräthe abgelehnt, da er seine Mitgliedschaft bei der Reichsversammlung in Frankfurt eben jetzt thätig beibehalten gedenkt.

Frankfurt, 11. Jan. Das heute ausgegebene Amtsblatt verkündigt das Gesetz über die Grundrechte des deutschen Volkes. Frankfurt ist somit, nachdem Würtemberg und Kurhessen vorangegangen, der dritte deutsche Staat, der diese Verfassung vornimmt.

Von der Saale, 7. Jan. Unsere Demokraten haben eine eigene Art, konsequent zu seyn. Der oberste Grundsatz bei ihnen heißt: „Was uns nützt, ist konsequent.“ Wie fest haben sie sich gegen Windisch-Grätz erboet, als er ein noch nicht verkündigtes Gesetz der Reichsversammlung unbeachtet ließ, — und jetzt? Es ist lehrreich. Jetzt fordert ein „demokratischer Verein“ Sachsens das sächsische Staatsministerium auf, sobald die Reichsversammlung einen erblichen oder einen Wahlkaiser als deutsches Oberhaupt einsetze, sich förmlich loszusagen von einer solchen deutschen Einheit und die sächsischen Abgeordneten zurückzuführen; das „sächsische Volk“ werde Das unterstützen. Wahrscheinlich betrachten die sächsischen Demokraten, wie 1815 das englische Parlament, das „sächsische Volk“ als eine eigene Nation, die nur so zufällig in ihrer Sprache große Aehnlichkeit habe mit einem andern Volke, das man das deutsche heißt.

Es gibt andere Demokraten, die warten auf einen Krieg mit Frankreich, und wenn dann das Militär, für das sie bekanntlich besonders eingenommen sind, an den Grenzen ist, dann wollen sie „im Innern“ Passah feiern. Gut gemeint, wenn nur Nichts dazwischen kommt, und die „gute Sache“ wieder verdirbt!

Braunschweig, 6. Jan. (Köln. Z.) Gestern ist durch das hiesige Postamt das bedeutungsvolle achte Stück des Reichsgesetzblattes, enthaltend die Grundrechte des deutschen Volkes, ausgegeben worden, und heute wird die Versendung durch die hiesigen Anzeigen amtlich bekannt gemacht. Die hiesige Verordnung vom 12. Oktober 1848, die Veröffentlichung der Reichsgesetze und Verfügungen betreffend, enthält die Bestimmung, daß zur Ausführung des Art. 2 des Reichsgesetzes vom 27. Sept. v. J., betreffend die Verkündigung der Reichsgesetze u. c., mit der Ausgabe der Reichsgesetze in gleicher Weise, wie mit der Ausgabe der Landesgesetze verfahren, insbesondere auch in den hiesigen Anzeigen zum Beweise der erfolgten gehörigen Bekanntmachung die Versendung durch die Postämter mit Anführung der Nummern, des Datums, und des Titels des erlassenen Reichsgesetzes u. c. bekannt gemacht werden soll. Die Behörden und Gemeinden, so wie Alle, die gesetzlich verpflichtet sind, die hiesige Gesefsammlung zu halten, sollen auch zur Haltung des Reichsgesetzblattes verpflichtet seyn. Somit wird die Gültigkeit der Grundrechte hier mit dem 17. d. M. beginnen, und die in öffentlichen Blättern enthaltene Bepauptung, daß unsere Regierung sich auf ähnliche Art, wie die hannoversche, in Beziehung auf dieselben verwahrt habe, findet dadurch ihre Widerlegung.

Hannover, 9. Jan. (Morgenz.) Kommodor Parfer, der am 20. v. Boston verlassen hat, ist gestern Abend hier durch nach Berlin gereist, um von dort in Begleitung des amerikanischen Gesandten Donelson nach Frankfurt zu gehen, wohin er zur Theilnahme an den Vorbereitungen für die deutsche Marine eingeladen ist.

Kiel, 5. Jan. (Altona. Merk.) Das Erkenntniß gegen die bei den Kiel (Militär)unruhen gravirten Soldaten vom 5. Bataillon wurde heute in der Frühstunde verkündigt. Von den 11 Verurtheilten sind 10 mit Zuchthaus-Strafe belegt,

*) Schon im Jahr 1833 schrieb Daub an Dr. Krüger in Hamburg, und dieser Brief ist in der Vorrede zu Daub's Hypothesen über die Willensfreiheit abgedruckt: „Sie besuchten bei Ihrem Hierseyn meine Vorlesungen als herzlich willkommenen Gast, und fanden ein kleines Auditorium, besetzt mit so wenigen Zuhörern, daß es, wenn diese weniger fleißig gewesen wären, mitunter wohl hätte heißen müssen: tres faciunt collegium.“ A. d. Kort.

